

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 16 (1936-1937)  
**Heft:** 8

**Artikel:** Lenins Verzicht auf die "Weltrevolution"  
**Autor:** Gitermann, Valentin  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-332785>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 14.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Lenins Verzicht auf die „Weltrevolution“ \*

Von Valentin Gitermann.

Im Jahre 1921 konnte keine Unklarheit mehr darüber bestehen, daß der russische Bolschewismus durch die zwangsläufige Abwicklung der Ereignisse zu einer wesentlich anderen Situation gelangt war, als seinen ursprünglichen Vorsätzen entsprochen haben würde. Unter den Einwirkungen des Bürgerkrieges und der wirtschaftlichen Not war faktisch, statt der vorgesehenen Rätedemokratie, eine von der Roten Armee gestützte, straffe Diktatur des kommunistischen Parteiapparates entstanden. War man ursprünglich entschlossen gewesen, das Privatunternehmertum zunächst nur durch eine proletarische Regierung kontrollieren zu lassen, so hatten die russischen Arbeitermassen unmittelbar die radikale Enteignung der Kapitalisten durchgesetzt. Sollte, dem ursprünglichen Plane gemäß, die revolutionäre Erhebung der westeuropäischen Arbeiterklasse abgewartet werden, ehe man in Rußland zum Aufbau des Sozialismus schreiten würde, so hatte man nun, gewissermaßen »vorzeitig«, doch auf eigene Faust das Experiment einer Totalsozialisierung eingeleitet. Die Voraussetzungen für dieses Experiment waren dabei die denkbar schlechtesten. Man übernahm aus den Händen der Kapitalisten einen Produktionsapparat, der schon in Friedenszeiten als sehr rückständig gegolten hatte und nun gar infolge des Weltkrieges in heillosen Zerrüttung sich befand. Man stellte das russische Volk vor eine Aufgabe, für die es, unter allen Völkern Europas, die minderwertigste technische Ausrüstung und die unzulänglichste technologische Vorbereitung besaß. Durch den Bürgerkrieg hatte sich die Desorganisation der russischen Wirtschaft in außerordentlichem Maße noch verschlimmert. Die Unzufriedenheit der hungernden Bevölkerung nahm zu. In Erwägung all dieser Umstände konnte dem Bolschewismus nur eine ungünstige Prognose gestellt werden.

Nun rechnete Lenin aber keineswegs auf einen unmittelbaren Erfolg der kommunistischen Wirtschaftsexperimente in Rußland selbst. Sein nächstes Ziel war die Auslösung der proletarischen Revolution in den kapitalistisch »reifen« Ländern der ganzen Welt. Durchhalten, hieß daher seine Losung, bis die Proletarier aller Länder, unterstützt von den ausgebeuteten Völkern aller Kolonialgebiete, sich zu gemeinsamer Aktion gegen die Nutznießer des Kapitalismus erheben. Diese Erhebung war theoretisch »fällig«. Man mußte nur dafür sorgen, daß sie komme, bevor die russische Revolution zusammenbrach. Als Instrument für die Entfesselung der Weltrevolution wurde im März 1919 die »III. Internationale« geschaffen. Von Moskau aus sollten die kommunistischen Parteien aller Nationen, nach einheitlichen taktischen Grundsätzen, zu revolutionärer Offensive angeleitet werden. Es zeigte

---

\* Eine ausführlichere, bis an die Gegenwart heranreichende, auch den Trotzismus umfassende Darstellung dieses Themas gibt der Verfasser in seinem Buch: »Die historische Tragik der sozialistischen Idee«, welches im Herbst 1937 im Verlag Oprecht, Zürich, erscheinen wird.

sich aber bald, daß die in Rußland erprobten Kampfmethoden auf die ganz anders gearteten sozialen Verhältnisse Westeuropas nicht übertragen werden konnten. Die herrschenden Klassen der hochkapitalistischen Gebiete hielten allen Angriffen des Proletariates erfolgreich stand. Im Januar 1919 wurde die deutsche Spartakistenbewegung durch Noske blutig niedergeschlagen. Im Mai desselben Jahres brach die Räterepublik in Bayern, im August die Herrschaft Bela Kuns in Ungarn zusammen. Im Mai 1920 wurde die im Anschluß an den Kapp-Putsch organisierte kommunistische Erhebung im Ruhrgebiet, trotz anfänglichen Erfolgen der »Roten Armee«, von Reichswehrminister Geßler unterdrückt. Im August 1920 ließ Sowjetrußland sein Heer bis gegen Warschau vorrücken, in der Hoffnung, durch die Offensive in der polnischen und vor allem in der deutschen Arbeiterschaft revolutionäre Bewegungen auszulösen. Es gelang aber den Polen (mit erheblicher Unterstützung Frankreichs), die Russen zum Rückzug zu zwingen und die Absichten Moskaus zu vereiteln. Im September 1920 ereigneten sich Fabrikbesetzungen in Italien; eine Revolution ging daraus nicht hervor. Im März 1921 versuchten kommunistische Arbeiter in Mitteldeutschland einen bewaffneten Aufstand, der scheiterte. Die beinahe eschatologisch anmutende Zuversicht Rußlands hinsichtlich der »unmittelbar bevorstehenden Weltrevolution« erwies sich, je länger je mehr, als realpolitisch völlig unhaltbar. Statt zu unterliegen, entfaltete das Bürgertum der hochkapitalistischen Länder eine immer größere Widerstandskraft. Aus der nüchternen Erkenntnis, daß Mittel- und Westeuropa vom Bolschewismus in absehbarer Zeit nicht erobert werden könnten, zog Lenin im Frühjahr 1921 die unvermeidliche Konsequenz. Die Politik des »Kriegskommunismus« wurde als aussichtslos abgebrochen, und es vollzog sich ziemlich schroff der Uebergang zur »Neuen Wirtschaftspolitik« (russisch: Nowaja Ekonomitscheskaja Politika, daher die Abkürzung »NEP«).

Der Kriegskommunismus hatte diesen Namen erhalten, »nicht nur, weil er die wirtschaftlichen Methoden durch militärische ersetzte, sondern auch weil er in erster Linie militärischen Zwecken diente. Es handelte sich nicht darum, eine planmäßige Entwicklung der Wirtschaft unter den entstandenen Verhältnissen zu sichern, sondern darum, die Verpflegung der Armee an den Fronten sicherzustellen und die Arbeiterklasse vor dem Aussterben zu bewahren. Der Kriegskommunismus war das Regime einer belagerten Festung«, und eben darum nahm die »Verteilung der Lebensmittel und anderer Konsumartikel die Form einer Ausgabe nivellierender Staatsrationen (pajök) an, die von der Qualifizierung und Produktivität der Arbeit fast ganz unabhängig waren«. Nun aber, nachdem man den Bürgerkrieg überstanden hatte, fiel jeder Zwang zur Fortsetzung des Kriegskommunismus weg. Eine Weile wurde er noch, der »Weltrevolution« zuliebe, aufrechterhalten. Von 1921 an mußte auch von diesem Motiv abstrahiert werden. Am schwersten aber fiel ins Gewicht, daß der Kriegskommunismus es nicht vermocht hatte, den durch Krieg und Bürgerkrieg hervorgerufenen Rückgang der russischen Produktion aufzuhalten. Im Jahre 1920

wurde statistisch registriert, daß die russische Industrie nur noch etwa 15 Prozent des Produktionsquantums von 1913 hervorgebracht hatte. Länger durfte man diese sinkende Tendenz nicht walten lassen. Es war im Januar 1921 höchste Zeit, zur Verhütung einer ganz unabsehbaren Katastrophe einzugreifen und mit allen Mitteln eine möglichst rasche Wiederherstellung der zerrütteten russischen Volkswirtschaft anzustreben.

Die »NEP« bedeutete durchaus nicht etwa, wie die Gegner des Bolschewismus hofften und manche seiner Anhänger befürchteten, einen definitiven, sondern nur einen vorläufigen Verzicht auf das Endziel des integralen Kommunismus. Die NEP ließ gewisse kapitalistische Kräfte wieder aufleben, um sie für den Wiederaufbau der Produktion, für die Verbesserung der Konsumentenversorgung auszunützen. Innerhalb einer bestimmten Sphäre des ökonomischen Lebens sollten sich Privatinitiative und privates Gewinnstreben aufs neue betätigen dürfen. Die Sowjetregierung, welche der durch Entbehrungen erschöpften russischen Bevölkerung zwecklose weitere Opfer ersparen und sozusagen eine »Atempause« gewähren wollte, behielt sich stillschweigend vor, den volkswirtschaftlichen Apparat später einmal, nach durchgeführter Sanierung, abermals — und dann schon endgültig — zu sozialisieren.

Den Bauern gegenüber verzichtete die NEP auf die Getreiderequisitionen. Nachdem durch den Kriegskommunismus der freie Handel abgeschafft worden war, hatte die Dorfbevölkerung überall die Anbaufläche stark reduziert. Es bestand kein Interesse, eine größere Ernte zu erzielen, als für den Selbstverbrauch nötig war, weil ja der Ueberschuß teils für die Rote Armee, teils für das städtische Proletariat ohne Entgelt beschlagnahmt zu werden pflegte. Die NEP auferlegte den Bauern eine bestimmte Naturalsteuer, gestattete ihnen aber zugleich, was sie entbehren konnten, auf dem Markte zu verkaufen. Dank dieser Maßnahme wurde die landwirtschaftliche Produktion angespornt und die Gefahr einer weitem Verschärfung des Ernährungsproblems abgewendet. Allerdings mußte man dabei die Neubildung einer Kulakenschicht auf dem Dorfe mit in Kauf nehmen. Nicht nur in bezug auf Lebensmittel, sondern auch hinsichtlich anderer Güter wurde der Kleinhandel freigegeben. Handwerker und Handelsleute boten wieder ihre Waren feil, ließen sich sogar, ohne die Todesstrafe riskieren zu müssen, auf Spekulationen ein, und Angehörige der einstigen Bourgeoisie oder gar solche des Adels versilberten auf offener Straße, was sie an Habseligkeiten aus »besseren Zeiten« gerettet hatten. Stillgelegte, schadhaft gewordene Fabrikbetriebe wurden mancherorten pachtweise den früheren Besitzern zurückgegeben, mit der Auflage, die Unternehmungen zu renovieren und in Gang zu bringen. Insbesondere wurden auch ausländische Kapitalisten durch Erteilung verlockender Konzessionen zum Aufbau Sowjetrußlands herangezogen. So bewirkte die NEP in der russischen Volkswirtschaft die Bildung einer privatkapitalistischen Sphäre.

Bedeutende Wirtschaftszweige blieben jedoch nach wie vor im Besitze und in der Verwaltung des Staates. Am Außenhandelsmonopol

der Regierung wurde strikte festgehalten. Zahlreiche Trusts wurden in öffentlicher Regie weitergeführt. Allein, auch dieser Sektor des Wirtschaftslebens, der durch die NEP nicht entstaatlicht wurde, erfuhr doch unter dem Einfluß der NEP eine tiefgreifende Umgestaltung. Die Staatsbetriebe stellten sich, als wären sie von den Privatbetrieben »angesteckt« worden, auf Rentabilität um und erhielten dadurch bis zu einem gewissen Grade staatskapitalistischen Charakter. Das widersprach gewiß den Grundsätzen des Kommunismus, entsprach aber einer unausweichlichen Notwendigkeit. Wollte Rußland seinen ruinierten Produktionsapparat wiederherstellen und vervollkommen, so mußte es akkumulieren, das heißt, auch von den staatlichen Betrieben mußte gefordert werden, daß sie sich bemühten, nach kaufmännischen Prinzipien zu wirtschaften und größtmögliche Gewinne abzuwerfen; diese Gewinne sollten für die Reparatur und Modernisierung der bereits vorhandenen sowie für die Anlage neuer Betriebe verwendet werden. Infolgedessen begannen die Staatsbetriebe in der Epoche der NEP, technische und kommerzielle Rationalisierungsmethoden anzuwenden, welche äußerlich analogen Maßnahmen kapitalistischer Unternehmungen durchaus ähnlich sahen. Man strebte nach exakter Kalkulation, nach weitgehender Senkung der Produktionskosten, man erhöhte die Arbeitsintensität durch schärfere Handhabung der Arbeitsdisziplin, durch Heranbildung qualifizierter Spezialisten, durch bessere Schulung aller Werktätigen überhaupt, und man stufte die Löhne nach den Leistungen ab. Das nivellierende Versorgungssystem des Kriegskommunismus wurde abgeschafft; eine gewisse klassenmäßige Differenzierung der Bevölkerung trat wieder deutlich in Erscheinung.

Mit der Einführung der NEP setzte sofort der Wiederaufbau der russischen Industrie energisch ein. Im Jahre 1924 konnte man schon feststellen, daß die Produktion, verglichen mit 1920, auf das Dreifache gestiegen war. Von 1922 an ging es auch mit der Landwirtschaft aufwärts. Die Belieferung der Bevölkerung mit Waren verbesserte sich zusehends. Die Zeiten der allerschlimmsten Not waren überwunden.

Um welchen Preis aber hatte man dieses Resultat erreicht? Der 1918 improvisierte Kommunismus hatte den Rückzug antreten müssen. Kapitalistische Institutionen und Verhältnisse lebten wieder auf. Staatskapitalismus und Privatkapitalismus bildeten, von sozialistischen Bestandteilen durchsetzt, ein sonderbares Konglomerat. Weder am innenpolitischen noch am außenpolitischen Horizont zeigte sich eine Chance, dem kommunistischen Endziel, der klassenlosen Gesellschaft, irgendwie näher zu kommen.

Was sollte man sich, etwa im Jahre 1923, angesichts dieser Situation, über die Zukunft der Sowjetunion eigentlich denken? Welchen Kurs sollten die Führer des Bolschewismus einschlagen?

Unverkennbar stand die Sowjetunion vor einer Alternative. Entweder mußte sie die NEP unbefristet fortsetzen, oder sie mußte versuchen, den Sozialismus zunächst in Rußland allein zu verwirklichen, ohne mit dem baldigen Ausbruch einer antikapitalistischen Weltrevolution zu rechnen. Entschied man sich dafür, der NEP auch weiterhin

freien Lauf zu lassen, dann war eine allmähliche Verbürgerlichung der russischen Gesellschaft nicht zu vermeiden; dann entfernte man sich vom Ideal des Kommunismus immer mehr; dann lief man Gefahr, die ganze bolschewistische Revolution letzten Endes als mißlungenen, sinnlos gewordenen Versuch ad acta legen zu müssen. Wollte man aber an der weltgeschichtlichen Mission des Bolschewismus um jeden Preis festhalten; wollte man das einmal gewonnene Terrain behaupten; wollte man die Werktätigen Rußlands vor einem Rückfall in den Kapitalismus bewahren, so mußte man die Kompromisse der NEP, nachdem sie ihren Dienst getan, baldmöglichst revozieren und das Problem des sozialistischen Aufbaus ein zweites Mal in Angriff nehmen.

Gewichtige Argumente sprachen durchaus zugunsten eines zweiten »Experimentes«: sollte es doch nicht mehr im Bürgerkrieg, sondern im Frieden; nicht mehr an einer zerfallenden, sondern an einer bereits regenerierenden Volkswirtschaft; nicht mehr als improvisierte, anarchische, mit Zufälligkeiten behaftete Aktion der Massen, sondern als planmäßig vorbereitete, systematisch organisierte Aktion des Regierungsapparates durchgeführt werden.

Ehe man aber das Wagnis des »zweiten Experimentes« unternahm, war es notwendig, den Weg, den man einzuschlagen gedachte, im voraus abzuklären. Im Jahre 1923 skizzierte Lenin grundsätzlich folgende Möglichkeit: Die NEP stellt ein Nebeneinander gemeinwirtschaftlicher und privatwirtschaftlicher Unternehmungen dar. Der Bolschewismus muß in erster Linie versuchen, den staatlichen Sektor der Industrie unter Aufbietung aller Kräfte möglichst zu erweitern. Alle in Rußland vorhandenen Naturkräfte und Bodenschätze müssen erschlossen und nutzbar gemacht werden. In beschleunigtem Tempo soll Rußland nachholen, was es jahrhundertlang versäumt hat. Mag das Volkseinkommen vorerst auch noch so gering sein — die Akkumulation soll dennoch forciert werden zwecks Ausstattung des Landes mit einem gewaltigen und vielseitigen Produktionsapparat. Das russische Volk wird sich maximale Entbehrungen und Anstrengungen auferlegen, um in Zukunft als sozialistische Gemeinschaft reich und unabhängig zu sein. Modernste Maschinen sollen zunächst aus dem Ausland bezogen, möglichst bald aber im Inland fabriziert werden. Insbesondere ist durch Errichtung gigantischer Kraftwerke (Staudämme, Torfabbau) eine größtmögliche Elektrifizierung aller hierfür geeigneten Wirtschaftszweige einzuleiten. Durch fortgesetzte Steigerung ihrer Produktivkräfte werden die russischen Staatsbetriebe die aus der NEP stammende Privatindustrie überflügeln und an die Wand drücken. Ist dies erreicht, so soll eine umfassende Industrialisierung der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden durchgeführt werden. Staatliche Mustergüter, bäuerliche Kollektivwirtschaften sollen mit Traktoren, Combines, Dreschmaschinen, Elektromotoren usw. ausgestattet, nach wissenschaftlichen Grundsätzen geleitet werden und der Dorfbevölkerung die Ueberlegenheit des auf kollektiver Basis organisierten landwirtschaftlichen Großbetriebes vor Augen führen. Gestützt auf den psychologischen Erfolg dieses Anschauungsunterrichtes, sollen die Bauern veranlaßt werden,

sich zu Kollektivwirtschaften zusammenzutun. Auf diese Weise werden sozialistische Produktionsverhältnisse auch auf dem flachen Lande zur Vorherrschaft gelangen, und die bäuerlichen Privatgüter werden verschwinden. Die vergesellschaftete Industrie wird mit der ebenfalls vergesellschafteten Landwirtschaft eine Symbiose eingehen, und damit wird das russische Volk in seinem Staatsgebiet den Sozialismus realisiert haben.

Diese Richtlinien hinterließ Lenin seiner Partei gleichsam als letztes Programm. Er wies darin einen etappenweise zurückzulegenden Weg aus der Wüste der NEP ins gelobte Land des Sozialismus. Schon im Mai 1922 hatte Lenin einen Schlaganfall erlitten, durch den er vorübergehend gelähmt und der Sprache beraubt worden war. Im September besserte sich der Zustand des Kranken wesentlich, aber im Frühjahr 1923 erfolgte ein Rückfall, und am 24. Januar 1924 trat der Tod ein.

Bereits im Jahre 1922, als Lenin krankheitshalber sich von den Staatsgeschäften hatte zurückziehen müssen, war die Leitung der bolschewistischen Politik von Kamenew und Sinowjew übernommen worden, denen als »tüchtiger Organisator« (so schätzte man ihn damals ein) Stalin zur Seite trat. Dieses Triumvirat regierte Rußland während einer bis 1925 dauernden Uebergangszeit. Dann begann ein Kampf um die Macht, aus dem schließlich Stalin als Sieger hervorgegangen ist. Während Stalin von Stufe zu Stufe emporstieg, wurde Trotzki aus seinen Machtpositionen systematisch eliminiert. Im Januar 1925 wurde er genötigt, auf seine Funktionen als Volkskommissar für Heer und Marine zugunsten Woroschilows zu verzichten. Im Oktober 1926 mußte er aus dem engern Ausschuß der Parteizentrale, dem »Politbüro«, ausscheiden. Im November 1927 wurde er aus der Partei ausgestoßen. Im Januar 1928 erfolgte seine Deportation nach Turkestan. Da er jedoch von Alma-Ata aus, zum Teil unter Verwendung eigener Kuriere, durch Hunderte von Briefen und Depeschen seine politische Tätigkeit fortsetzte\*, verfügte Stalin im Januar 1929 seine Ausweisung nach der Türkei. — Im Jahre 1926 hatten sich Sinowjew und Kamenew der von Trotzki geleiteten »Linksoption« angeschlossen, in welche später auch Radek verwickelt wurde. 1928 waren Bucharin, Rykow und Tomski als Repräsentanten einer »Rechtsopposition« aufgetreten. Alle diese, der Stalinschen »Generallinie« Widerstand leistenden Gruppen wurden wiederholt zu Kapitulationserklärungen gezwungen, schließlich aber (1936/37) durch aufsehenerregende Prozesse vernichtet. Persönliche Rivalitäten, doktrinäre Auseinandersetzungen über das Wesen des »echten Marxismus-Leninismus« mögen in diesem Ringen eine gewisse Rolle gespielt haben; soziologisch betrachtet, fielen sie kaum ins Gewicht, denn im Grunde genommen handelte es sich um eine unvermeidliche Abklärung des *realpolitischen Weges*, den die Sowjetunion, unter

---

\* Trotzki gibt an (Mein Leben, Bd. II, Kap. 43), in sieben Monaten (April bis Oktober 1928) über 800 politische Briefe und 500 Telegramme abgesandt, über 1000 politische Briefe und 700 Telegramme empfangen und außerdem mit Moskau in jeder Richtung 8 bis 9 geheime Kuriere getauscht zu haben.

den im In- und Ausland gegebenen Umständen, zwangsläufig einschlagen mußte.

Schon Lenin hatte seine ursprüngliche Auffassung über die Entwicklung der russischen Umwälzung modifiziert: 1923 war er dazu gelangt, die Aufgabe des Bolschewismus nicht mehr in der Auslösung der Weltrevolution, sondern vorerst in der Verwirklichung des Sozialismus auf dem Territorium Rußlands allein zu erblicken. Während Trotzki und seine Anhänger diese Schwenkung Lenins nicht mitgemacht haben, entschloß sich Stalin, sie mit realpolitischer Beharrlichkeit in die Tat umzusetzen. Falls wir diesen Versuch nicht unternehmen, argumentierte Stalin, müssen wir notgedrungen einen »Rückzug zum Kapitalismus« vollziehen und damit alles, was wir bisher errungen, wieder preisgeben. Finden wir aber einen Weg zum »Sozialismus in einem Lande«, auch ohne Weltrevolution, und absolvieren wir diesen Weg mit Erfolg, so leisten wir die wertvollste Vorarbeit für den künftigen Sieg des Kommunismus in *allen* Ländern. Die mitreißende Kraft der Revolutionen geht nicht so sehr von ihrer »heroischen Epoche« aus, als vielmehr von den Zeiten des endgültigen Triumphes, in denen die positiven Resultate durchgeführter Umwälzungen klar und eindrucksvoll in Erscheinung treten. Rußland muß sich also jetzt (vorübergehend) auf sich selbst zurückziehen, um das Werk des sozialistischen Aufbaus zu vollbringen. Später wird es, unter stolzem Hinweis auf die praktisch bewiesene Ueberlegenheit der sozialistischen Gesellschaft, an die Proletarier aller Länder erneut die Aufforderung zur Weltrevolution richten und ihnen die machtvolle Unterstützung der inzwischen erstarkten Sowjetunion in Aussicht stellen.

---

## Der neue Hexenhammer

**Bemerkungen zum Entwurf des neuen deutschen Strafgesetzbuches.**

Von C o m m e n t a t o r.

Das neue Strafgesetzbuch der Aera Hitler steht kurz vor dem endgültigen Inkrafttreten. Es soll das Strafgesetzbuch vom Jahre 1871, das Strafgesetz der liberalen Zeit ersetzen. Seit etwa dreißig Jahren arbeitet man in Deutschland an der Reform des Strafrechts, in zahlreichen Entwürfen machte sich immer wieder das Bestreben geltend, das als unzulänglich und fremd empfundene Paragraphenwerk des Strafgesetzbuches zu erneuern. Es gibt seit langer Zeit kein eigentlich deutsches Strafrecht mehr. Das Strafrecht der germanischen Vorzeit und des mittelalterlichen Reiches war auf Volksrecht, vor allem auf Stammesrecht gegründet.

Das Strafrecht der deutschen Vergangenheit war — insoweit es den allein maßgeblichen Stand der Freien betraf — durchaus demokratisch, das Strafverfahren und die Gerichtsverfassung wurden durch das genossenschaftliche Prinzip bestimmt. Je stärker die despotischen und feudalen Territorialgewalten wurden, desto mehr versank mit dem